

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Einleitung .....	1
A. <i>Erkenntnisinteresse und Fragestellung</i> .....	3
B. <i>Ein steuerungstheoretischer Ansatz als Methode interdisziplinären Arbeitens</i> .....	7
1. Kapitel: Die Verhaltensökonomie als rechtswissenschaftlicher Rezeptionsgegenstand .....	11
A. <i>Die Verhaltensökonomie</i> .....	12
B. <i>Juristische Rezeption der Verhaltensökonomie</i> .....	41
C. <i>Zusammenfassung: Die Verhaltensökonomie als Grundlage neuer Steuerungsinstrumente</i> .....	53
2. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im deutschen Verwaltungsrecht .....	55
A. <i>Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im Kontext des deutschen Verwaltungsrechts</i> .....	57
B. <i>Gestaltungen verhaltensökonomisch informierter Instrumente am Beispiel der „Nudges“</i> .....	80
C. <i>Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente statt „Nudges“</i> .....	106
3. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung in Referenzgebieten .....	111
A. <i>Wahl der Referenzgebiete und Gegenstand der Analyse</i> .....	112

<i>B. Datenschutzrecht – Die Datenschutzgrundverordnung und das europäische Datenschutzgrundrecht .....</i>	116
<i>C. Kapitalmarktrecht – Anlageberatung und Privatautonomie .....</i>	158
<i>D. Das Wahlrecht und die Kommunikationsgrundrechte – öffentliche Willens- und Meinungsbildung als „Debiasing“ .....</i>	261
<b>4. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung .....</b>	<b>317</b>
<i>A. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente .....</i>	317
<i>B. Zu den Problemen der „Nudging“-Diskussion .....</i>	353
<b>5. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen und Ausblick .....</b>	<b>379</b>
<i>A. Zusammenfassung in Thesen .....</i>	379
<i>B. Ausblick .....</i>	382
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>385</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>413</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	<b>IX</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
A. <i>Erkenntnisinteresse und Fragestellung</i> .....	3
B. <i>Ein steuerungstheoretischer Ansatz als Methode interdisziplinären Arbeitens</i> .....	7
<b>1. Kapitel: Die Verhaltensökonomie als rechtswissenschaftlicher Rezeptionsgegenstand</b> .....	<b>11</b>
A. <i>Die Verhaltensökonomie</i> .....	12
I. Das ökonomische Modell rationalen Verhaltens .....	13
1. Präferenzordnung .....	14
2. Präferenzbestimmung .....	16
II. Das Rationalverhaltensmodell als analytisches Werkzeug .....	18
III. Die Ergänzungen der Verhaltensökonomie .....	20
1. Der Fallgruppenansatz der Heuristics and Biases .....	22
a) Wichtigste Fallgruppen der Verhaltensökonomie .....	24
aa) <i>Representativeness Bias</i> .....	24
bb) Die Verfügbarkeitsheuristik ( <i>Availability Heuristic</i> ) .....	24
cc) <i>Anchoring</i> .....	25
dd) Überoptimismus und der <i>Overconfidence Bias</i> .....	25
ee) Der Besitzeffekt ( <i>Endowment Effect</i> ) .....	26
ff) <i>Framing</i> .....	27
gg) <i>Status Quo Bias</i> .....	28
hh) <i>Mental Accounting</i> .....	28
ii) Hyperbolisches Diskontieren .....	29
jj) Mitläufereffekt ( <i>Bandwagon Effect</i> ) .....	31
kk) Beschränkter Eigennutz .....	32
b) Wirkungsgrenzen der Fallgruppen .....	34
c) Grenzen der rechtswissenschaftlichen Rezeptionsmöglichkeit .....	36

2. Positive Präzisierung des Rationalverhaltensmodells .....	38
<b>IV. Zusammenfassung: Verbesserte Prognosen durch ein verbessertes Rationalverhaltensmodell .....</b>	<b>40</b>
<i>B. Juristische Rezeption der Verhaltensökonomie .....</i>	<i>41</i>
I. Entwicklung der verhaltensökonomischen Analyse des Rechts ( <i>Behavioral Law and Economics</i> ) .....	42
II. Rezeptionsgrenzen und -hindernisse: der methodologische Status verhaltensökonomischer Aussagen .....	45
1. Ökonomische Analyse des Rechts mithilfe des Rationalverhaltensmodells .....	46
a) Der Streit vom <i>homo oeconomicus</i> und dem Menschenbild des Grundgesetzes .....	46
b) Methodologischer Status des Rationalverhaltensmodells und Unterschied zu den normativen Theorien des Utilitarismus und der Wohlfahrtsökonomie .....	47
c) Zusammenfassung: Verwendungsmöglichkeit des analytischen Modells .....	49
2. Verhaltensökonomische Analyse des Rechts – Implementierung positiven Wissens oder normativer Maßstab? .....	50
<b>III. Positive verhaltensökonomische Analyse des Rechts .....</b>	<b>52</b>
<i>C. Zusammenfassung: Die Verhaltensökonomie als Grundlage neuer Steuerungsinstrumente .....</i>	<i>53</i>
<b>2. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im deutschen Verwaltungsrecht .....</b>	<b>55</b>
<i>A. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im Kontext des deutschen Verwaltungsrechts .....</i>	<i>57</i>
I. Ein rechtswissenschaftliches Konzept staatlicher Steuerung .....	57
1. Verwaltungsrechtswissenschaftliche Adaption des Akteurzentrierten Individualismus .....	59
2. Zusammenfassung: Verhaltensökonomisches Wissen als Grundlage für Steuerungsinstrumente .....	62
II. Der Unterschied verhaltensökonomisch informierter Steuerungsinstrumente zu überkommenen Steuerungsinstrumenten .....	63
1. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente als rechtsformunabhängige Bewirkungsformen .....	63
2. Direkte Steuerung .....	65
3. Indirekte Steuerung .....	66

## Inhaltsverzeichnis

XIII

a)	„Ökonomische“ Instrumente .....	67
b)	Andere Kategorien indirekter Steuerung .....	68
aa)	Informationelle Steuerung .....	69
(1)	Wirkung von Informationen aus rechtswissenschaftlicher Perspektive .....	69
(2)	Wirkung von Informationen nach dem Rationalverhaltensmodell .....	71
(3)	Wirkung verhaltensökonomischer Mittel .....	74
bb)	Informale, organisatorische und konsensuale Steuerung .....	75
c)	Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung als neue Kategorie indirekter Steuerung .....	78
III.	Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente als eigenständige Instrumente der indirekten Steuerung .....	79
B.	<i>Gestaltungen verhaltensökonomisch informierter Instrumente am Beispiel der „Nudges“</i> .....	80
I.	Konzeptionelle Unterschiede von „Nudging“ und verhaltensökonomisch informierten Instrumenten .....	80
II.	Standardoptionen ( <i>Defaults</i> ) .....	82
1.	Wirkungsmechanismus: verhaltensökonomisch beschriebene Kontexteffekte .....	82
a)	(Rechtsförmige) Gestaltung des rechtlichen Kontexts .....	83
b)	Gestaltung des faktischen Kontexts .....	84
2.	Standardoptionen – verhaltensökonomisch informierte Kontextgestaltung .....	85
III.	Hervorheben von Anreizen ( <i>Incentives</i> ) und <i>Framing</i> .....	86
1.	Wirkungsmechanismus: Informationsgestaltung .....	86
2.	Konkrete Wirkungsmechanismen in Gestaltungsvorschlägen: Informationsgestaltung und Information .....	87
a)	<i>Incentives</i> bei Sunstein/Thaler .....	88
b)	Allgemeine Verwendungsmöglichkeit verhaltensökonomischer Informationsgestaltung .....	89
3.	Zusammenfassung: Steuerung durch <i>Framing</i> .....	91
IV.	Expect Error .....	92
1.	Wirkungsmechanismus: menschliche Fehler .....	93
2.	Wirkungsmechanismen im Vorschlag Sunstein/Thalers .....	95
3.	Fehlerorientierte Prozessgestaltung im Angesicht des Postcompletion Error .....	96
V.	Feedback .....	97
VI.	Transparente Entscheidungsprozesse .....	101

VII. Debiasing .....	103
1. Wirkungsmechanismus: Nicht bloße Gegensteuerung .....	103
2. Fallgruppenspezifische Debiasing-Maßnahmen .....	105
C. Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente statt „Nudges“ .....	106
3. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung in Referenzgebieten .....	111
A. Wahl der Referenzgebiete und Gegenstand der Analyse .....	112
I. Datenschutzrecht: Einwilligung in die Datenverarbeitung .....	113
II. Kapitalmarktrecht: Anlageberatung .....	114
III. Wahlrecht: ungestörte Willensbildung und Wahlentscheidung	115
B. Datenschutzrecht – Die Datenschutzgrundverordnung und das europäische Datenschutzgrundrecht .....	116
I. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im Steuerungskonzept des Datenschutzrechts .....	116
1. Steuerungsziele und Steuerungsvorschriften .....	117
a) Steuerungsziel: Balance zwischen Datenschutz und Datenverarbeitung .....	117
b) Das Datenschutzrecht im europäischen Mehrebenensystem .....	118
2. Verhaltensökonomisch informierte Steuerung im Datenschutzrecht: Das Verbotsprinzip und die Pflicht zu datenschutzfreundlichen Voreinstellungen .....	118
a) Das Verbotsprinzip und die Einwilligung .....	119
aa) Das Verbotsprinzip – Steuerung durch Grundsätze .....	120
bb) Die Einwilligung – die Annahmen des Datenschutzes über Entscheidungen .....	122
(1) Freiwilligkeit als Abwesenheit von Machtungleichgewichten .....	124
(2) Informiertheit als Voraussetzung funktionierender Märkte .....	128
(3) Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	132
(4) Widerrufsmöglichkeit gem. Art. 7 Abs. 4 DSGVO .....	134
cc) Zusammenfassung: verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente als Möglichkeit der gezielten Stärkung von Marktteilnehmern .....	135
b) Datenschutzfreundliche Voreinstellungen .....	135
3. Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung als Instrument zur Gestaltung der Marktstruktur	138

II. Primärrechtliche Vorgaben: Das europäische Datenschutzgrundrecht .....	139
1. Das mehrdimensionale europäische Datenschutzgrundrecht .....	140
a) Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten als einheitliches Datenschutzgrundrecht aus Art. 8 GRC und Art. 16 AEUV .....	142
b) Abwehrrechtlicher Kernbereich: Schutz personenbezogener Daten .....	143
aa) Schutz der Privatsphäre nur als Teilgehalt des weiten Datenschutzgrundrechts .....	145
bb) Mehr als ein europäisches Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	147
c) Pflicht zur Ausgestaltung des Datenschutzrechts .....	149
aa) Die Ausgestaltungsvorgaben des Art. 8 Abs. 2 GRC .....	149
bb) Die Ausgestaltung des Datenschutzrechts und der gesetzgeberische Spielraum .....	151
2. Die verhaltensökonomisch informierten Instrumente als primärrechtskonforme Ausgestaltung des einfachen Datenschutzrechts .....	152
a) Das Verbotsprinzip als Ausgestaltung des Art. 8 Abs. 2 GRC .....	153
b) Das Verbotsprinzip und die datenschutzfreundlichen Voreinstellungen als Umsetzung datenschutzgrundrechtlicher Strukturprinzipien .....	153
III. Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente als strukturelle Vorsorge .....	156
C. Kapitalmarktrecht – Anlageberatung und Privatautonomie .....	158
I. Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente im Steuerungskonzept des Kapitalmarktrechts .....	159
1. Das Kapitalmarktrecht als Mittel zur Funktionssicherung effizienter Märkte .....	159
a) Die ökonomische Theorie effizienter Kapitalmärkte .....	160
b) Das Kapitalmarktrecht als Garant des Allokationsmechanismus .....	162
aa) Das Kapitalmarktrecht als Ausdruck der der Regulierung zugrundeliegenden ökonomischen Theorie .....	162
bb) Die Regulierungsziele und ihr Verhältnis zueinander: Kapitalallokation, Anlegerschutz und Finanzmarktstabilität .....	164
(1) Das traditionelle Bild von Anlegerschutz und Kapitalallokation als „zwei Seiten einer Medaille“ .....	166

(2) Diskussionen über den Anlegerschutz als Verbraucherschutz und verhaltensökonomisch informierte Modifikationen am Informationsmodell .....	168
(a) Die Diskussion über „Leitbilder“ von Anlegern und Verbrauchern .....	169
(b) Verhaltensökonomisch informierte Modifikationen des klassischen Modells: Schutz der Allokationseffizienz vor systematisch nicht rationalem Verhalten .....	174
(3) Finanzmarktstabilität als institutionelle Funktionsfähigkeit des Marktes .....	176
cc) Zusammenfassung: Modifiziertes Festhalten an der Effizienzhypothese und dem Effizienzziel .....	180
c) Zusammenfassung: Regulierung des Kapitalmarkts grundsätzlich nur bei systematischen Marktfehlfunktionen .....	180
2. Verhaltensökonomisch informierte Instrumente im Kapitalmarktrecht .....	181
a) Informationelle Steuerung und verhaltensökonomisch informierte Steuerung durch Key Investor Documents .....	181
aa) Informationelle Steuerung ohne Information Overload .....	181
bb) Framing als eigener Steuerungsimpuls im Zusammenhang mit Informationen .....	183
(1) Wirkungsweise und Ziele der verhaltensökonomisch informierten Steuerung .....	183
(2) Indizien für verhaltensökonomisch informierte Steuerung .....	185
b) Verhaltensökonomisch informierte Instrumente im Anlegerschutz auf dem Sekundärmarkt: Die Exploration und der angepasste Anlagevorschlag .....	186
aa) Exploration und geeignete Anlageempfehlung (§§ 63, 64 ff. WpHG) als verhaltensökonomisch informiertes Steuerungsinstrument .....	187
(1) Ziel: Im Ergebnis ökonomisch rationale Anlageentscheidungen zum Schutz der effektiven Kapitalallokation .....	189
(2) Verhaltensökonomisch informierte Instrumente als minimal invasive Korrektur von Marktfehlfunktionen .....	191
bb) Verhaltensökonomisch informierte Instrumente im Zusammenspiel mit anderen Instrumenten zum Schutz der Marktfunktion .....	193

(1) Die allgemeinen Wohlverhaltenspflichten des § 63 WpHG .....	194
(2) Die besonderen Verhaltensregeln für Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung in § 64 WpHG abseits von Exploration und Geeignetheitserklärung .....	196
3. Fazit: Funktionen und Gestaltungsformen verhaltensökonomisch informierter Instrumente .....	197
a) Verhaltensökonomisch informierte Steuerung als Steuerungsinstrumente für beliebige Ziele .....	197
b) Gestaltung verhaltensökonomisch informierter Steuerungsinstrumente .....	198
II. Vorgaben des europäischen Primärrechts und des deutschen Verfassungsrechts für die Zulässigkeit verhaltensökonomisch informierter Instrumente in der Anlageberatung .....	200
1. Vereinbarkeit der verhaltensökonomisch informierten Steuerung im Kapitalmarktrecht mit der unternehmerischen Freiheit aus Art. 16 GRC .....	200
a) Die unternehmerische Freiheit der Wertpapierdienstleistungsunternehmen .....	201
aa) Relevanz der Vorgaben des Kapitalmarktrechts allein für die unternehmerische Freiheit des Art. 16 GRC .....	201
bb) Die Gestaltung des Vertragskontexts als Ausgestaltung der normgeprägten unternehmerischen Freiheit .....	203
(1) Die informationellen Steuerungsinstrumente als Eingriff .....	204
(2) Die verhaltensökonomisch informierten Instrumente als Ausgestaltung .....	206
(a) Kein Schutz von Erfolgschancen durch die unternehmerische Freiheit .....	206
(b) Pflicht zu grundrechtskonformer Ausgestaltung des einfachen Rechts .....	208
b) Privatautonomie und Vertragsfreiheit als allgemeine Grundsätze .....	212
c) Fazit: Verhaltensökonomisch informierte Instrumente als Ausgestaltung der unternehmerischen Freiheit und kein Eingriff in den europäischen Grundsatz der Vertragsfreiheit .....	214
2. Zulässigkeit verhaltensökonomisch informierter Instrumente im deutschen Kapitalmarktrecht .....	216
a) Uneinheitlicher Harmonisierungsgrad des Kapitalmarktrechts: Voll- und Teilharmonisierungen in der MiFID II .....	217

b)	Vereinbarkeit verhaltensökonomisch informierter Steuerung im Kapitalmarktrecht mit der Berufsfreiheit	220
aa)	Eingriff in die Berufsfreiheit durch Instrumente zur Gestaltung des Verhaltenskontexts .....	220
bb)	Ausgestaltung des Marktes durch Wirkungen des Verhaltenskontexts .....	222
(1)	Kein unmittelbarer Eingriff in die Berufsfreiheit .....	222
(2)	Keine eingriffsäquivalente Beeinträchtigung der Berufsfreiheit .....	223
(a)	Spannungsfeld zwischen Schutz der Berufsausübung und unternehmerischem Risiko am Markt .....	223
(b)	Auflösung durch Orientierung an Funktionsbedingungen des Marktes .....	224
(aa)	Probleme einer eingriffsgleichen Intensität .....	225
(bb)	Vorteile der Eingriffsäquivalenz .....	229
(3)	Ausgestaltung des Marktes als Balance der Rechtsposition grundrechtlich gleichberechtigter Marktteilnehmer .....	230
cc)	Zusammenfassung: Eingriff in die Berufsfreiheit nur durch die Instrumente zur Kontextgestaltung, nicht die verhaltensökonomisch informierten Instrumente .....	232
c)	Vertragsfreiheit und (Privat-)Autonomie der Kunden als Grenzen verhaltensökonomisch informierter Steuerungsinstrumente .....	233
aa)	Kein abwehrrechtlicher Status Quo zum Schutz vor verhaltensökonomisch informierten Instrumenten .....	234
bb)	Schutz vor eingriffsäquivalenten Wirkungen .....	237
(1)	Eingriffsäquivalenz als Maßstab .....	238
(a)	Eingriffsgleiche Intensität von Maßnahmen mit „vertragsregelnder Tendenz“ .....	239
(b)	Eingriffsäquivalenz .....	242
(2)	Grundrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Vertragsfreiheit .....	245
(a)	Grundlagen der Ausgestaltung der Vertragsfreiheit .....	246
(b)	Schutz der rechtlichen und faktischen Möglichkeit vertraglicher Betätigung .....	247
(c)	Der Gestaltungswille – Schutz der (inneren) Autonomie .....	249
(aa)	Das Schutzgut des inneren Willens als grundrechtlicher Anknüpfungspunkt für Autonomiekonzepte .....	250

(bb) Verhaltensökonomisch informierte Instrumente lediglich als Aspekt bei der Ausgestaltung des inneren Willens .....	254
(3) Klassifikations- und Informationspflicht als bloße Ausgestaltung .....	256
cc) Zusammenfassung: Verhaltensökonomisch informierte Instrumente als Ausgestaltung und potentieller Eingriff in die Vertragsfreiheit .....	258
d) Fazit: Gewährleistungsspezifische Vorgaben für die Rechtmäßigkeit verhaltensökonomisch informierter Instrumente .....	259
3. Vergleich europäischer und deutscher Verfassungsvorgaben	260
<i>D. Das Wahlrecht und die Kommunikationsgrundrechte – öffentliche Willens- und Meinungsbildung als „Debiasing“ .....</i>	261
I. Das Dilemma der Wahlzettelausgestaltung .....	263
1. Die Effekte der Wahlzettelgestaltung als Gegenstand der Politikwissenschaft .....	264
2. Die Wahlrechtsgrundsätze .....	268
a) Die allgemeine Wahl .....	269
b) Die geheime Wahl .....	270
c) Die freie Wahl .....	271
3. Konflikt zwischen Wahlzetteleffekten und Wahlrechtsgrundsätzen .....	272
II. <i>Debiasing</i> als Lösung für das Dilemma .....	272
1. Gezielte Verteilung verhaltensökonomisch beschriebener Effekte .....	273
2. <i>Debiasing</i> durch Kommunikation im Vorfeld der Wahl und Salienz .....	274
3. <i>Debiasing</i> im deutschen Wahlrecht .....	276
a) <i>Debiasing</i> mithilfe der politischen Parteien .....	276
b) Rechtfertigung von Wahlzetteleffekten zugunsten von Parteikandidaten und weiteren Wahlzetteleffekten .....	277
c) Fazit: <i>Debiasing</i> umfasst normative Bewertung empirischer Effekte .....	280
4. Fazit: Zweistufiges <i>Debiasing</i> – faktische Reduktion verhaltensökonomisch beschriebener Effekte und normatives Urteil über Selbstbestimmung .....	282
III. <i>Debiasing</i> des Wahlaktes durch den vorgelagerten Prozess demokratischer Willensbildung .....	283
1. Begründungspflichten im demokratischen Kommunikationsprozess als Grundlage des <i>Debiasing</i> .....	284

a)	Rahmenbedingungen des Kommunikationsprozesses: Kommunikationsgrundrechte und politische Parteien . . . . .	285
b)	Begründungspflichten durch widersprüchliche Positionen in der Diskussion . . . . .	287
2.	Voraussetzungen eines <i>Debiasing</i> durch Kommunikation im Rahmen der Willensbildung . . . . .	289
a)	Ausreichend Zeit für Informationsaufnahme und Willensbildung . . . . .	290
b)	Wille und Fähigkeit zur Teilnahme am demokratischen Kommunikationsprozess . . . . .	291
aa)	Normative Vermutung über Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen des <i>Debiasing</i> im Falle der Willensbildung . . . . .	291
bb)	Fazit: Wille zur Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfähigkeit als allgemeine Voraussetzungen eines <i>Debiasing</i> . . . . .	294
c)	Vergleichbare Teilnahmebedingungen für alle Bürger als besondere Voraussetzungen für ein <i>Debiasing</i> im Willensbildungsprozess . . . . .	296
aa)	Schutz der Funktion des Kommunikationsprozesses . . . . .	297
(1)	Notwendiger Schutz vor Machtpositionen . . . . .	298
(2)	Schutz der Begründungspflichten vor anderen Einflüssen . . . . .	301
(a)	Das Problem der Informationsintermediäre	302
(b)	Schutz des <i>Debiasing</i> vor verhaltensökonomisch beschriebenen Effekten in Abhängigkeit vom Modell des Diskussionsprozesses . . . . .	305
(aa)	Zwei Verständnisansätze des demokratischen Kommunikationsprozesses	306
(bb)	Konsequenzen für den Umgang mit Informationsintermediären . . . . .	307
bb)	Zusammenfassung: Schutz des Willensbildungsprozesses vor Einflüssen, die das Entstehen von Begründungspflichten behindern . . . . .	310
d)	Fazit: Möglichkeiten zur Förderung eines <i>Debiasing</i> – beschränkte Zulässigkeit und beschränkter Nutzen verhaltensökonomisch informierter Instrumente zum <i>Debiasing</i> im Wahlrecht . . . . .	312
3.	Fazit: Voraussetzungen des <i>Debiasing</i> im Vorfeld einer Entscheidung durch Vorformung von Entscheidungskriterien . . . . .	314

IV. Fazit: Zweistufiges <i>Debiasing</i> .....	315
4. Kapitel: Verhaltensökonomisch informierte Steuerung .....	317
A. <i>Verhaltensökonomisch informierte Steuerungsinstrumente</i> .....	317
I. Definition und Eigenschaften verhaltensökonomisch informierter Steuerungsinstrumente .....	318
1. Wirkungsweise als maßgebliche Eigenschaft .....	318
2. Abgrenzung zu anderen Instrumenten .....	319
II. Verwendungsmöglichkeiten verhaltensökonomisch informierter Instrumente .....	321
1. Allgemeine Verhaltensänderungen in konkreten, typisierbaren Situationen .....	322
2. Einfluss auf das Ergebnis von Marktprozessen .....	323
3. Heuristische Unterscheidung mit analytischem Mehrwert ..	325
III. Maßstäbe für den rechtmäßigen Einsatz verhaltensökonomisch informierter Steuerungsinstrumente .....	326
1. Ziele verhaltensökonomisch informierter Steuerung .....	327
2. Gewährleistungsspezifische Rechtmäßigkeitsmaßstäbe für den Einsatz verhaltensökonomisch informierter Instrumente .....	329
a) Unmittelbare Eingriffe in grundrechtliche Kontextvorgaben für einen Status Quo .....	331
aa) Widerspruchslösung gegen eine Impfpflicht als Eingriff in die körperliche Unversehrtheit .....	332
bb) Widerspruchslösung bei der postmortalen Organspende als Eingriff in das postmortale Persönlichkeitsrecht .....	335
b) Eingriffsäquivalente Eingriffe in gewährleistungsspezifische Vorgaben bei fehlender grundrechtlicher Kontextvorgabe .....	338
aa) Fehlende grundrechtliche Kontextvorgaben .....	339
bb) Eingriffsäquivalenz als Maßstab um verhaltensökonomisch beschriebene Effekte gewährleistungsspezifisch zu bewerten .....	342
(1) Gewährleistungsspezifische Vorgaben für die notwendige Ausgestaltung des Kontexts .....	342
(2) Keine Ausgestaltung bei Finalität .....	343
(3) Begrenzte gewährleistungsspezifische Ausgestaltungsspielräume bei nicht finalem Einsatz verhaltensökonomisch beschriebener Instrumente .....	343
IV. <i>Debiasing</i> – Reduktion rechtlich beachtlicher verhaltensökonomisch erforschter Effekte .....	346

1. Faktische Reduktion verhaltensökonomisch beschriebener Effekte .....	348
2. Normative Bewertung verbleibender verhaltensökonomisch beschriebener Effekte anhand gewährleistungsspezifischer Maßstäbe .....	350
<b>B. Zu den Problemen der „Nudging“-Diskussion .....</b>	<b>353</b>
I. Kein „Nudging“ im deutschen Verwaltungsrecht .....	353
1. Der Wirkungsmechanismus als Abgrenzungskriterium zu den überkommenen Steuerungsinstrumenten .....	354
2. Das Grundgesetz als alleiniger Maßstab für verhaltensökonomisch informierte Steuerung .....	355
II. Paternalismus als vermeintliches Hauptproblem verhaltensökonomisch informierter Steuerung .....	357
1. Polyvalenz verhaltensökonomisch informierter Steuerung ...	358
a) Paternalismus .....	358
b) Universal einsetzbare verhaltensökonomisch informierte Instrumente .....	361
2. Sunstein/Thalers Argument eines weniger intensiven Paternalismus als Folge eines Rationalverhaltensmodells als normativem Maßstab .....	362
III. Intensität verhaltensökonomisch informierter Steuerungswirkungen aus Sicht der Verfassung .....	365
IV. Verhaltensökonomisch informierte Steuerung als Manipulation .....	367
1. Präferenzwechsel als notwendige Voraussetzung .....	368
2. Nicht-deliberativer Einfluss auf die Präferenzbildung als „Manipulation“ .....	370
3. Fehlender Maßstab zur Identifikation nicht-deliberativen Einflusses für einen rechtlichen Begriff der Manipulation .....	373
4. Kein Mehrwert eines hoch unbestimmten Manipulationsbegriffes gegenüber bestehenden, konkreten Verfassungsvorgaben .....	375
V. Fazit: Verhaltensökonomisch beschriebene Effekte als Gegenstand nicht als Maßstab normativer Bewertung .....	377
<b>5. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen und Ausblick .....</b>	<b>379</b>
<i>A. Zusammenfassung in Thesen .....</i>	<i>379</i>
<i>B. Ausblick .....</i>	<i>382</i>

*Inhaltsverzeichnis*

XXIII

Literaturverzeichnis .....	385
Stichwortverzeichnis .....	413